

sondern auch viele neue Arbeitsplätze für die gegenwärtig 16 Millionen Arbeitslosen in den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Natürlich erwartet die SPD auch viele neue Arbeitsplätze für Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD.)

Dabei ist aber darauf zu achten, daß der Binnenmarkt die Sozialpolitik nicht ausklammern darf.

(Beifall bei der SPD.)

Der soziale Standard der rückständigen Länder muß angehoben werden. Trotzdem muß es möglich sein — auch wenn Arbeitgebervertreter meinen, daß das nicht zu leisten sei —, hohe Standards in den Ländern zu halten, die sie mühsam errungen haben. Für die SPD stehen der Arbeitsschutz und soziale Grundnormen im Mittelpunkt. Zur Sicherung dieser sozialen Grundnormen sind rechtlich verbindliche Vorschriften für alle EG-Länder im Rahmen der EG-Richtlinien erforderlich. Auch dafür sollte sich die Landesregierung einsetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Hoffen wir, daß es gelingt, alle Mitgliedstaaten in der EG, auch Großbritannien und Dänemark, davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, die Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuersätze zu betreiben. Es kann nicht angehen, daß man sich aus den Binnenmarktprogrammen immer nur das herauspicks, was man gern haben möchte.

(Beifall bei der SPD.)

Abschließend möchte ich für uns Sozialdemokraten Forderungen und Grundbedingungen für einen erfolgreichen gemeinsamen Binnenmarkt aufzählen: Der Binnenmarkt muß für alle Bereiche verwirklicht werden. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten der Gemeinschaft müssen unterstützt werden, damit sie am Binnenmarkt voll partizipieren können. Wir erwarten eine rechtlich verbindliche Verabschiedung von Umweltnormen auf höchstmöglichem Niveau. Bei der sozialen Sicherung im Gesundheits- und Verbraucherschutz muß gelten, daß nationale Schutzvorschriften nur durch gleich- oder höherwertiges EG-Recht abgelöst werden. Wir wünschen uns eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Technologiepolitik. Ferner wünschen wir uns eine Reform der Agrarpolitik, damit unsere Bauern und die EG nicht weiter in den Ruin getrieben werden.

(Beifall bei der SPD.)

Entscheidend aber ist für uns, daß die durch den Binnenmarkt erforderliche Harmonisierung unterschiedlicher Normen und Bestimmungen nicht zu einer Absenkung des Schutzniveaus bei sozialen Rechten sowie beim Umwelt- und Verbraucherschutz führt.

(Beifall bei der SPD.)

Gleichzeitig kommt es darauf an, im Zuge der Weiterentwicklung Europas auch das Miteinander der Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu verbessern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen dargelegt, was wir unter einem gemeinsamen Binnenmarkt verstehen und daß uns Ihr Antrag inhaltlich nicht reicht. Deshalb werden wir im Ausschuß die Gelegenheit nutzen, unsere Vorstellungen erneut deutlich zu machen.

Ich möchte noch folgendes bemerken: So wichtig der gemeinsame Binnenmarkt für die Wirtschaft und für die Sicherung unserer Arbeitsplätze auch ist, es darf trotzdem nicht vergessen werden, daß dieser gemeinsame Binnenmarkt nur ein Teil im Kampf um das Ziel eines geeinten und gemeinsamen Europas ist. Ich bitte Sie darum, arbeiten wir alle daran! — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der CDU.)

#### Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die erste Beratung.

Es ist vorgesehen, den Antrag zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 30 auf:

Erste Beratung: **Langzeitsicherungskonzept und Sanierung der geschlossenen Sonderabfalldeponie Münchehagen** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/2592

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu vier Minuten dauern. In der Beratung stehen den

Vizepräsident Ravens

Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu acht Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag wird von der Frau Kollegin Tewes eingebracht. Ich erteile ihr das Wort.

Frau Tewes (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einen Minister der Umwelt, der, so erzählt man in seinem Umfeld, auch bei Plagen wie Münchehagen nicht umfällt.

(Bartels [SPD]: Der Minister ist gar nicht da!)

— Das ist komisch. Er hat nämlich diese witzige Äußerung als Absage zum traditionellen Grünkohlessen in der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn im Februar 1988 formuliert. Heute bei der Beratung des Entschließungsantrages haben Sie, Herr Minister — Sie sind nicht da —, die Gelegenheit, zu Ihrem Wort zu stehen.

(Kuhlmann [CDU]: Wie kann man jemanden ansprechen, der nicht da ist? — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Außerdem hat er 1987 in Loccum versprochen, daß mit Sonderabfall jetzt anders umgegangen werden müsse und daß man Altlasten ganz besonders wichtig nehmen solle.

(Schlotmann [CDU]: Bärbel, was du alles verstehst!)

Seit einem Jahr ist nun wirklich Arbeit geleistet worden.

(Minister Dr. Remmers betritt den Plenarsaal.)

— Herr Minister, ich habe Ihren Limerick so schön auswendig gelernt, und Sie haben das noch nicht einmal gehört. Das ist aber eine Schande.

(Minister Dr. Remmers: Können Sie das eben wiederholen?)

— Nein, nur wenn ich die Zeit übrig habe.

(Minister Dr. Remmers: Herr Präsident, können Sie die Zeit nicht zugeben, auf meine Empfehlung? — Heineking [CDU]: So nett ist der Minister!)

Seit einem Jahr sind wir nun bei der Planung und bei der Durchführung der Sicherungsmaßnahmen. Ich muß sagen, das ist in Ordnung. Wir haben uns gefreut, daß das so läuft. Aber es war ja auch allerhöchste Zeit; denn seit 1983, als die dringend sanierungsbedürftige Deponie geschlossen wurde, herrschten Chaos und Konzeptlosigkeit, vermengt mit Knebelungen der Kritiker.

Es gibt heute vier gute Gründe, und es wird auch höchste Zeit, darauf hinzuweisen, daß die momentane Sicherung nur Schadensabwehr ist, aber auf keinen Fall mit dem von uns geforderten Langzeitsicherungskonzept verwechselt werden darf.

(Beifall bei der SPD. — Schlotmann [CDU]: Was sagt die SPD-Kreistagsfraktion dazu?)

Das betonen ja auch alle, zum Beispiel Herr Staatssekretär Reinke vor der CDU-Kreistagsfraktion im Februar 1988. Er sagte: Sicherung ist nicht Sanierung.

(Schlotmann [CDU]: Was sagt denn die SPD-Kreistagsfraktion dazu?)

Das sagen die SPD, die örtliche CDU, die Arbeitsgemeinschaften „Bürger gegen Giftmüll“ und vor allem die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

(Schlotmann [CDU]: Die Sie immer verunsichern!)

Im Kreistag in Schaumburg nach der Dauer der Sicherungsmaßnahmen befragt, antwortete der Sonderbeauftragte des Umweltministeriums, Herr Veist: „Das weiß der liebe Himmel.“

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Ich muß gestehen, daß wir nicht solch einen guten Kontakt zum lieben Himmel haben, Herr Hildebrandt, weil wir nämlich keine Theologieabteilung für Umweltpolitik haben.

(Hildebrandt [FDP]: Das fehlt wahrscheinlich uns beiden! — Gegenruf von Schlotmann [CDU]: Martin, bring sie doch nicht ganz aus dem Konzept!)

Nein, Herr Remmers, meine Damen und Herren: Wir wollen uns auf unseren irdischen Einfluß und auf unsere Politikmöglichkeiten beschränken, die wir zur Verfügung haben.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Rhetorisch hübsch!)

Zweiter Grund. Der Toxikologe Professor Wassermann, der vor kurzem im Münchehagen-Ausschuß war, forderte schon im Februar 1987 und Anfang dieses Jahres erneut, daß es sich bei den Abdichtungsmaßnahmen nicht um eine endgültige Lösung handeln könne, sondern daß auch das „gezielte Auskoffern besonders brisanter Schadstoffmischungen vorgesehen“ sein müsse. Er beschrieb die Deponie am 19. April 1988 als nach unten offenes, nach oben überschwappendes Chemiemülllager, in dem sich Millionen von Sub-

stanzen unbekannter Zusammensetzung in ihrer Wirkung untereinander sowohl chemisch als auch biologisch beeinflussen.

(Schlotmann [CDU]: Wer war das?)

— Dann müssen Sie zuhören.

Drittens. Auch wenn das jetzige Sicherungsverfahren dem Stand der Technik entspricht, können wir nicht so tun, als gebe es nicht nachhaltig die Forderung nach Auskoffierung. Die Städte Rehburg, Loccum und Petershagen klagen. Die Zweite Kammer des Verwaltungsgerichts Hannover wird im Herbst darüber entscheiden.

(Schlotmann [CDU]: Wohin mit dem Müll?)

Also können wir uns nicht hinstellen und betonen, es sei nun alles in Ordnung, und wir können nicht sagen: Auskoffierung geht nicht. Das ist zu teuer.

(Schlotmann [CDU]: Aber wo wollen Sie mit dem Dreck hin?)

Wir alle sind doch eigentlich zufrieden. — Wohin mit dem Zeug?

(Jahn [CDU]: Ja, sagen Sie mal, wohin!)

Ich könnte noch weitere Fragen aufzählen, die Ihre Redner nachher noch auf Lager haben werden.

(Jahn [CDU]: Sagen Sie doch mal, wohin!)

Viertens. Nun sollten Sie einmal gut zuhören: Es gibt eine Mehrheit in diesem Hause, die die jetzigen Sicherheitsmaßnahmen begrüßt, aber eine Auskoffierung fordert. Herr Dr. Hruska, Sie haben sich allgemein und ein bißchen unpräzise geäußert, als Sie über die Deponie gingen;

(Dr. Hruska [FDP]: Waren Sie denn dabei?)

aber immerhin haben wir wohlwollend aufgenommen, daß Sie den Willen zur Auskoffierung haben.

(Schlotmann [CDU]: Wer sagt das?)

Wir haben ein bißchen Schularbeiten gemacht, haben Ihren Willen umgesetzt und den Entschließungsantrag vorgelegt. Meine Damen und Herren, wir fordern doch eigentlich nur das Natürlichste von der Welt, nämlich ein Langzeitkonzept zur Sicherung und Sanierung. Also lassen Sie uns an die Sache herangehen.

(Schlotmann [CDU]: Wohin mit dem Dreck? Sagen Sie doch einmal, wohin Sie damit wollen!)

— Sie disqualifizieren sich selbst mit Ihren Zwischenrufen!

(Zustimmung bei der SPD. — Jahn [CDU]: Das wollen wir wissen!)

Erstens. Wir werden für den Haushaltsplan 1989 Mittel für Gutachten und Verpflichtungsermächtigungsstellen für die Sanierung beantragen. Zweitens. Wir werden dann eine Durchführbarkeitsstudie mit Risikoabschätzung für eine Auskoffierung in Auftrag geben.

(Zuruf von Schlotmann [CDU].)

— Das ist nämlich Ihre Pflicht, Herr Schlotmann!

(Beifall bei der SPD.)

Danach wissen wir, welche Techniken für eine Auskoffierung zur Verfügung stehen; danach wissen wir, wieviel Zeit wir dazu benötigen.

(Hildebrandt [FDP]: Und wieviel Geld Sie haben!)

Das inhomogene Gemisch in der Deponie muß begutachtet werden. Das nennt man Objektbeurteilung, Herr Hildebrandt. Die Reststoffe müssen toxikologisch untersucht, Arbeitssicherheit, Transportgefahr, all das muß begutachtet werden.

(Schlotmann [CDU]: Immer Gutachten und noch ein Gutachten!)

Tun wir das alles, dann beginnen wir mit der Arbeit, die von uns von der Bevölkerung zu Recht gefordert wird und die die örtlichen Politikerinnen und Politiker auch fordern.

(Beifall bei der SPD.)

Darum nehme ich Sie beim Wort, Herr Minister: Sie versprochen, Sie wollten alle Anregungen würdigen und untersuchen und dann auch akzeptieren, wenn Sie sich mit uns einigen könnten. Ich nehme Sie also beim Wort. Bei diesem Entschließungsantrag handelt es sich nämlich um das Angebot der Opposition für einen weiteren Schritt bei der Bewältigung der schweren Aufgabe einer Altlastensanierung.

Münchehagen wird uns viel Geld kosten. Das Land stößt hier sehr schnell an seine finanziellen Grenzen. Das wissen wir. Die Landesregierung ist, insbesondere auch durch den einstimmigen Beschluß des Landtages 1985, eindeutig aufgefordert, ein Finanzierungskonzept zur Altlastenproblematik vorzulegen. Dieser Aufforderung des Parlaments sind Sie bis heute nicht nachgekommen.

Frau Tewes

(Zustimmung bei der SPD. — Auditor [SPD]: Er wartet immer noch auf den Himmel!)

Münchehagen macht doch deutlich, wie dringend eine Finanzierungslösung ist, die die Verursacher mit in die Pflicht nimmt.

**Vizepräsident Ravens:**

Frau Kollegin Tewes, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schlotmann?

**Frau Tewes (SPD):**

O nein! Er redet sowieso immer so viel mit mir!  
(Heiterkeit.)

**Vizepräsident Ravens:**

Sie sollten mit Ja oder Nein antworten. — Es war deutlich zu hören: Sie will nicht.

(Zuruf von der SPD.)

**Frau Tewes (SPD):**

— Und er versteht von der Sache nichts. Vielen Dank. — Ich komme jetzt zum Schluß. Noch ein bißchen Aufmerksamkeit, meine Herren!

(Zuruf von der SPD: Und die Damen nicht?  
— Stock [CDU]: Wenn schon, dann: „meine Damen und Herren“!)

— Herr Stock, wir sollten uns endlich daranmachen, für Probleme, von denen wir wissen, daß sie anstehen, daß sie auf uns zukommen werden, Lösungen zu suchen, bevor es zu spät ist.

(Schlotmann [CDU]: Bringen Sie doch einmal Lösungen!)

Was jetzt geschieht, ist eine Maßnahme, um Zeit zu gewinnen. Diese Zeit ist zu nutzen. Wenn Sie das nicht wollen — wir werden Sie immer wieder darauf hinweisen, daß Sie es nicht getan haben.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Ravens:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Heineking.

**Heineking (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Tewes, unser Umweltminister geht nicht nur zum Grünkohl essen, sondern er geht auch zu den Anwohnern in die Stube und unter-

hält sich stundenlang mit diesen Leuten und informiert sich dort und gibt auch Informationen weiter. Das wollen wir auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU. — Auditor [SPD]: Essen Sie auch Grünkohl?)

Meine Damen und Herren, ich bedauere natürlich, daß die vierte Abgeordnete aus dem Landkreis Nienburg bei dieser, wenn Sie so meinen, wichtigen Diskussion gar nicht anwesend ist. — — —

(Auditor [SPD]: Was denn nun?)

— Das bedauere ich.

(Frau Tewes [SPD]: Machen Sie mal so weiter, dann ist Ihre Zeit gleich um!)

— Frau Tewes, keine Angst, wir kommen schon dahin, wo wir hinwollen.

Das Thema Münchehagen hat dieses Haus bereits mehrfach beschäftigt, und wir haben ausgiebig über die vorgesehenen Maßnahmen diskutiert. Die Anwohner, die Kommunalpolitiker vor Ort und die Mehrheit der Mitglieder des Münchehagen-Ausschusses — Frau Tewes, in diesem Ausschuß arbeiten wir ja zusammen —

(Frau Tewes [SPD]: Wenn Sie nicht gerade Tennis spielen!)

finden die jetzigen Sicherungsmaßnahmen richtig und wichtig. Das möchte ich einmal festhalten. Ich bin daher sehr erstaunt, daß die SPD-Fraktion trotz aller landespolitischen Anstrengungen, die in Münchehagen unternommen werden, zur jetzigen Zeit mit einem solchen Antrag auftritt. Anscheinend wollen einige Landespolitiker nicht, daß in Münchehagen in Ruhe weitergebaut wird. Sie, sehr geehrte Frau Tewes, befinden sich hier in einer ähnlichen Situation wie vor nicht allzulanger Zeit schon einmal, als Sie aufgrund falsch vorgegebener Zahlen, wofür Sie aber nichts konnten — das will ich hier feststellen —, über unsere Massenmedien lauthals, aber voreilig und unnötig einen Stopp für die Landwirtschaft gefordert haben. Sie haben die Reaktion im Landkreis bemerkt.

(Frau Tewes [SPD]: Also ist Langzeitsicherheit auch unnötig?)

Wenn man bedenkt, daß in unseren Breitengraden in der Winterzeit die Vegetation ruht — das müßten Sie eigentlich wissen —, sollte man derartige Empfehlungen jedenfalls nicht zu diesem Zeitpunkt unter die Leute bringen. Diese Schlag-

zeilen haben unserem Raum nur geschadet. Darüber sind sich viele Leute einig.

(Schlotmann [CDU]: Sehr gut, Willi!)

Das soll natürlich nicht heißen, daß wir in einigen Punkten nicht einer Meinung sind.

(Frau Tewes [SPD]: Darauf verzichte ich!)

— Schade.

(Auditor [SPD]: In welchen Punkten?)

Die Deponie Münchenhagen ist ein gravierender Belastungsfaktor für den dortigen Raum. Entgegen früheren Annahmen gehen von dieser Deponie Gefahren aus, die es abzustellen gilt. Wir haben keine Zeit für lange Diskussionen, sondern müssen schnell handeln, um die Bevölkerung des dortigen Raums zu schützen. Dies sind wir der Bevölkerung angesichts der Vorkommnisse, die dort geschehen sind, schuldig. Hieraus ergibt sich die Forderung: Wir müssen und werden Maßnahmen ergreifen, um die Emissionen aus der Deponie zu unterbinden. Drei Wege stehen grundsätzlich zur Entscheidung an: Erstens eine Sanierung durch Auskoffnung und Verkapselung der anfallenden Sonderabfälle. Unabhängig davon, daß geeignete Anlagen zur Entsorgung — seien es thermische Spezialanlagen oder auch biologische Verfahren — noch nicht zur Verfügung stehen, ist die Auskoffnungstechnik bisher noch ungeklärt. Vielleicht sind wir uns da einig.

(Auditor [SPD]: Das müssen Sie auch mal Herrn Hruska sagen!)

Dieser Weg scheidet zum jetzigen Zeitpunkt daher aus.

(Frau Tewes [SPD]: Warum, haben wir gefragt! — Auditor [SPD]: Warum scheidet der aus?)

Die zweite Möglichkeit ist die Einkapselung der Deponie mit dem Ziel des endgültigen Verbleibs der Sonderabfälle an diesem Ort. Inzwischen sind Entwicklungen, insbesondere aber die Erkenntnisse auf dem Sektor der Altlastenbewältigung, so weit fortgeschritten, daß dieser Weg in so absoluter Zielsetzung nicht mehr beschränkt wird. Das hat unser Umweltminister öffentlich bereits mehrfach bekundet, u. a. als das Sicherungskonzept vorgestellt wurde. Das wissen wir alle.

Der dritte Weg ist die Sicherung der Deponie gegen Emissionen und das Offenhalten der Möglichkeit einer späteren Sanierung, Auskoffnung und thermischen bzw. biologischen Behandlung. Für diesen Weg hat sich die Landesregierung entschieden. Diesen Weg halten auch die Anwohner

und die Kommunalpolitiker für richtig. Er bietet folgende Vorteile: die Möglichkeit des schnelleren Handelns zum Wohle der dort wohnenden Bevölkerung, die Möglichkeit des Einsatzes bereits erprobter Technologie — hydraulisches Sicherungssystem, Dichtwand- und Oberflächenabdeckung — und die Möglichkeit, parallel zu den aktuellen Sanierungsmaßnahmen Modellvorhaben laufen zu lassen, um eine geeignete Entnahmetechnik — Stichwort: Auskoffnung — zu finden. Der BMFT hat hierzu bereits seine finanzielle Unterstützung angekündigt. Letztendlich läßt uns dieser Weg die Möglichkeit offen, die Deponie — sobald alle technischen Fragen geklärt sind — ganz oder teilweise auszukoffern und die herausgeholt Abfälle ordnungsgemäß zu entsorgen.

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Landesregierung hat Ihnen ein Langzeitsicherungskonzept vorgestellt, das uns 45 Millionen DM kostet und das in dieser Höhe auch haushaltsmäßig abgesichert ist. Ich bin sicher, wenn es sein muß und für die Sicherheit der Bürger erforderlich ist, werden auch weitere Mittel bereitgestellt werden. Ein Sanierungskonzept wird erst vorgelegt, wenn die Erkenntnisse, insbesondere auch auf wissenschaftlichem Gebiet, dies erlauben. Das bereits jetzt tun zu wollen wäre Scharlatanerie und eine Verdummung der dort lebenden Bevölkerung.

(Auditor [SPD]: Harte Worte, Herr Kollege!)

Sie werden verstehen, daß ich aus diesem Grunde der Forderung in dem Entschließungsantrag entgegenreten muß, bereits im Haushalt 1969 Mittel dafür einzusetzen.

(Zuruf von der SPD: Was, 1969?)

— 1989 natürlich.

(Adam [SPD]: Da sehen Sie mal, daß wir aufpassen!)

Helfen Sie von der Opposition lieber mit — das richte ich als Bitte an Sie —, daß das Sankt-Florians-Prinzip keine Unterstützung aus Ihren Reihen erhält und wir endlich die ewige Standortdiskussion überwinden.

Lassen Sie mich zum Schluß nur noch eines sagen, Herr Auditor: Ich bin mit den Anwohnern und vielen Kommunalpolitikern davon überzeugt, daß die jetzt angelaufenen Sicherungsmaßnahmen den von der dort wohnenden Bevölkerung geforderten Schutz vor Emissionen aus der Deponie bringen werden. Ich bin mir deshalb so sicher, weil die einzelnen Bausteine der Sicherungskon-

Heineking

zeption — die hydraulischen Maßnahmen, die Dichtwand- und die Oberflächenabdeckung — in ihrer Kombination miteinander eine mehrfache Sicherheit bedeuten. Insofern ist die in Ihrem Entschließungsantrag verwendete Formulierung einer Fehlinvestition von 45 Millionen DM vor dem Hintergrund der Erwartungen der Bevölkerung des dortigen Raumes unzutreffend. Wir sollten lieber ganz schnell auf den sachlichen Weg zurückkehren. Da sind wir uns dann vielleicht mal wieder einig. — Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Ravens:**

Schönen Dank, Herr Kollege. — Bevor ich Herrn Dr. Hruska das Wort erteile, will ich sagen, daß Frau Dr. Schole zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung nach § 77 GO um das Wort gebeten hat. Ich werde ihr das Wort nach Abschluß der Beratung dieses Tagesordnungspunktes erteilen.

(Köneke [SPD]: Liegt denn da eine schriftliche Wortmeldung vor, Herr Präsident?)

— Es gibt auch andere Formen der Wortmeldung, es müssen aber überhaupt welche vorliegen, Herr Kollege.

Herr Dr. Hruska, Sie haben das Wort.

**Dr. Hruska (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Tewes, daß Sie meine sachlichen Anregungen gelobt haben, verstehe allerdings nicht genau, warum Sie sie als unpräzise bezeichnet haben; denn Sie waren bei meinen Ausführungen in Petershagen nicht dabei. Die SPD-Abgeordneten der Stadtratsfraktion in Petershagen haben — daran erinnere ich mich ganz genau — diese Ausführungen als klar, knapp, präzise und vernünftig beurteilt, wobei man über die Bewertung vernünftig sicherlich unterschiedlicher Meinung sein kann. Fest steht jedoch, daß sie sie als klar, knapp und präzise beurteilt haben. Das haben auch die Landtagsabgeordneten der FDP und die umweltpolitischen Sprecher der FDP aus dem Lande Nordrhein-Westfalen getan; sie haben mich richtig verstanden. Das geht auch aus dem Brief hervor, der von der FDP-Landtagsfraktion an Minister Klaus Matthiesen geschrieben worden ist. Da heißt es:

„Herr Dr. Hruska hat in Petershagen über die Sonderabfalldeponie Münchehagen berichtet und festgestellt:

1. Langfristig soll angestrebt werden, die Deponie Münchehagen auszukoffern und das Deponiegut gegebenenfalls über eine Hochtemperaturverbrennungsanlage zu sanieren.

2. Bis dahin sind Sicherungsmaßnahmen notwendig. Sie sollen eine Beeinträchtigung der Umwelt ausschließen.“

Es sind hier also zwei Aspekte zu sehen: Zum einen brauchen wir dies sicherlich nicht von heute auf morgen. Ich habe deutlich gesagt, da es um eine langfristige Forderung geht, brauchen wir zunächst Sicherungsmaßnahmen, die verhindern, daß die Umwelt gefährdet wird.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Ich bin mit Ihnen einer Meinung, Frau Tewes, daß ein vorläufiges Sicherungskonzept auf Dauer nicht ausreicht.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Wir haben es hier mit gefährlichen organischen Stoffen zu tun, von denen wir nicht wissen, wie sie reagieren und wie sie untereinander reagieren. Das hat ja die Expertenanhörung, an der wir gemeinsam teilgenommen haben, gezeigt, auf der eigentlich übereinstimmend die Auffassung vertreten worden ist, daß man bei den organischen Verbindungen sehr vorsichtig sein muß, daß man sie nicht in den Griff bekommt, daß man sie toxiologisch auf Dauer nicht abschätzen kann.

(Köneke [SPD]: Das ist doch völlig klar, Herr Hruska!)

— Einigen ist das nicht klar. Deswegen muß ich das sagen. Das Sicherungskonzept, wie es im Augenblick ist, verhindert auf Dauer nicht, daß einige dieser Stoffe in die Umwelt gelangen.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Wir wissen erst seit kurzem, daß einige dieser Stoffe bei der Ausbreitung nicht auf Wasser angewiesen sind und somit nicht nur durch Grundwasser absickern können, sondern daß sie osmotisch sogar durch Betonwände wandern können. Aus diesem Grunde brauchen wir langfristig ein anderes Sicherungskonzept. Das ist völlig klar.

(Beifall bei der FDP.)

Diese nach unten nicht abgesicherte Deponie birgt natürlich zusätzlich zu der osmotischen Wanderung die Gefahr in sich, daß sich die Schadstoffe auch über das Grundwasser ausbreiten. Das heißt, daß das Wasser dauernd abgepumpt und in Kläranlagen aufbereitet werden müßte. Dies müßte nicht nur über Jahrhunderte,

sondern auch über Jahrtausende geschehen. Wir brauchen also langfristig eine endgültige Sanierung.

Zu dieser Sanierung sind aber technische Voraussetzungen erforderlich. Diese technischen Voraussetzungen bedeuten erstens, daß wir die Auskofferungen in den Griff bekommen. Dazu habe ich gesagt, daß wir eine Pilotanlage brauchen. Diese Pilotanlage muß, weil Münchenhagen nicht einmalig in der Bundesrepublik ist, sondern es entsprechende Fälle auch in anderen Ländern gibt, von der Bundesrepublik aus den Mitteln des BMFT gefördert werden, damit auch die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Zweitens müssen die Stoffe, die dort herauskommen, irgendwohin. Dazu habe ich gesagt — und das hat auch die Expertenanhörung gezeigt —, daß sie nirgendwo anders hingehören als in eine Hochtemperaturverbrennungsanlage.

(Beifall bei der FDP.)

Das müssen wir nun machen. Wenn wir das machen wollen, brauchen wir Ihre Zustimmung vor Ort, meine Damen und Herren von der SPD,

(Zuruf von Köneke)

damit genügend Hochtemperaturverbrennungsanlagen gebaut werden können, um diese Stoffe zu verbrennen. Dann haben wir die technischen Voraussetzungen, und dann haben wir die finanziellen Voraussetzungen von seiten des Bundes. Wenn es dazu kommt, ist mein Wort klar. Dazu steht auch die FDP-Fraktion.

(Köneke [SPD]: Ehrlich?)

Dann muß langfristig eine Auskofferung mit einer endgültigen Sanierung durch Hochtemperaturverbrennung erfolgen, damit uns diese Stoffe nicht auf anderen Deponien, auf die sie gebracht werden, weiter verfolgen. Das ist unser Konzept. Dazu gehören aber einige Voraussetzungen. Helfen Sie mit, daß diese Voraussetzungen geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP.)

#### Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Dr. Hruska.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die erste Beratung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, diesen Antrag zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Umweltfragen sowie

zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Wer dieser Ausschußüberweisung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

Bevor ich nun Punkt 31 unserer Tagesordnung aufrufe, erteile ich Frau Dr. Schole das Wort zu einer Erklärung außerhalb der Tagesordnung nach § 77 unserer Geschäftsordnung.

#### Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Erklärung außerhalb der Tagesordnung bezieht sich auf die Geschäftsordnungsdebatte, die wir im Zusammenhang mit dem Transtapid-Antrag geführt haben.

Wir sind der Meinung, daß § 29, der das Minderheitenrecht bzw. den Minderheitenschutz enthält, auch für § 39 gilt.

(Jahn [CDU]: Nein!)

Wir verstehen das Minderheitenrecht so, daß die Aufgabe des Parlaments, inhaltlich zu beraten, nicht durch Mehrheiten überflüssig gemacht werden darf. Wir sind bestürzt darüber, daß dieser Minderheitenschutz durch dieses Vorgehen obsolet gemacht worden ist.

Wir protestieren gegen die Diskriminierung von Minderheitenrechten formal und vor allem dagegen, daß dies noch durch den Beifall der großen Fraktionen hervorgehoben worden ist.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieses Vorfalles sehen wir uns nicht mehr in der Lage, uns heute weiter zur Tagesordnung zu äußern. Wir werden keinerlei Redebeiträge mehr leisten.

(Zuruf von der CDU. — Auditor [SPD]: Was soll denn das da, Vajen! — Unglaublich!)

Wir werden unseren Antrag zurückziehen. Wenn es nicht gelingt, diesen für uns sehr schwerwiegenden Vorfall im Ältestenrat zu klären, werden wir hierfür den Staatsgerichtshof bemühen. — Ich bedanke mich.

(Oh! bei der CDU. — Frau Dr. Schole [Grüne] und Frau Hammerbacher-Richter [Grüne] verlassen den Plenarsaal.)

#### Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. Ich entnehme Ihrer Bemerkung, daß sich der Ältestenrat damit beschäftigen soll. Ich möchte Ihnen aber den § 98 unserer Geschäftsordnung in Erinnerung rufen. Dort heißt es:

Vizepräsident Ravens

„Über Zweifel bei der Auslegung dieser Geschäftsordnung entscheidet der Präsident.“

Der amtierende Präsident hat in einem Zweifelsfall entschieden. Er hat von seinem Recht Gebrauch gemacht.

(Hildebrandt [FDP]: Das war nicht nur sein Recht, das war auch seine Pflicht! — Minister Hirche: Die Damen wollen überhaupt keinen Dialog! Sie haben den Raum verlassen!)

Ich habe der Bemerkung entnommen, daß der Antrag der Fraktion der Grünen unter Tagesordnungsordnungspunkt 31 betreffend den Verzicht auf den Einsatz von Tropenhölzern bei öffentlichen Bauten zurückgezogen werden soll. Ich muß um einen Moment Geduld bitten, damit ich klären kann, welche Regelungen die Geschäftsordnung für diesen Fall vorsieht.

(Jahn [CDU]: Im Zweifelsfall entscheidet der Präsident!)

— Nein, nein, nur im Zweifelsfall.

(Heiterkeit. — Mönninghoff [Grüne] beugt sich zur Regierungsbank. — Jahn [CDU]: Was macht der denn da? — Gegenruf von Auditor [SPD]: Sie haben eine Sensibilität wie ein Holzhammer!)

Es ist zweifelhaft, ob der Antrag von Frau Dr. Schole dahin ging, den Antrag der Fraktion der Grünen von der Tagesordnung abzusetzen, oder ob die Fraktion der Grünen den Antrag zurückgezogen hat. Ich denke, Frau Dr. Schole hat gesagt, sie zieht den Antrag zurück.

(Zuruf von der CDU: Das hat sie gesagt!)

Damit ist der Antrag weg. Dann bedarf es nicht einer Entscheidung des Landtags.